

Landrat fordert schnellere Asylverfahren

Fuchs: Unterbringung von Flüchtlingen ist für den Landkreis eine gewaltige Herausforderung – Heftige Kritik an „Asyltourismus“ aus Serbien und Mazedonien

„Wir stehen mit dem Rücken zur Wand“: So charakterisiert Landrat Johannes Fuchs die Situation bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Die „Riesenherausforderung“ könne nur gemeinsam mit den Gemeinden gelöst werden. Die Zahl der Zuweisungen sei drastisch gestiegen.

VON PETER WARK

WEINSTADT. Das Thema Unterbringung von Asylbewerbern stand auf der Agenda der Halbjahres-Pressekonferenz des Landrats in Weinstadt. Etwa 100 000 neue Asylanträge wird es in diesem Jahr in der Bundesrepublik geben. Baden-Württemberg wurden in den ersten sieben Monaten des Jahres knapp 6 700 Flüchtlinge neu zugewiesen, Tendenz stark steigend.

Der Rems-Murr-Kreis muss 4 Prozent der dem Land zugewiesenen Asylbewerber aufnehmen. Die Landkreisverwaltung schätzt, dass das in diesem Jahr bis zu 900 Personen sein werden.

Alleine die kreiseigenen Gemeinschaftsunterkünfte waren zur Jahresmitte mit 750 Personen belegt. Es gibt 7 solcher Standorte (2008 waren es noch 3). Alle Plätze seien belegt, sagt Fuchs und sucht die Hilfe bei den Gemeinden und Städten. Weitere Standorte werden gesucht, beziehungsweise schon für die Belegung vorbereitet, unter anderem in Oppenweiler, Murrhardt und Weissach im Tal. Der Landrat fordert, dass leer stehende Liegenschaften wie alte Behördengebäude oder Kasernen auf ihre Tauglichkeit als Unterkünfte für Asylsuchende geprüft werden sollten.

Fuchs macht sich darüber hinaus dafür stark, dass Asylbewerber einfache Arbeiten annehmen dürfen. Das könne die Integration erleichtern, und viele der Asylbewerber könnten ihre Fähigkeiten einbringen und Wertschätzung erfahren.

Um keinen falschen Zungenschlag in die Diskussion zu bringen, betont Fuchs, dass es eine humanitäre Selbstverständlichkeit sei, in einem reichen Land wie Deutschland Flüchtlinge aufzunehmen. Der Kreischef spricht aber auch deutlich davon, dass diese Aufgabe den Landkreis finanziell schlaucht. Etwa 12 000 Euro gebe es vom Land pro zugewiesenen Asylbewerber, egal wie lange sein Aufenthalt dauert.

Asylbewerber kommen vorwiegend



Ein Standort von Gemeinschaftsunterkünften im Kreis: Hohenheimer Straße in Backnang.

Foto: E. Layher

aus Ländern der Russischen Föderation (Tschetschenien, Kaukasien), Serbien, Afghanistan, Pakistan, Mazedonien, Kosovo, Iran, Irak. Wie sich die Situation

der Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien entwickeln wird, ist noch völlig offen.

Angesichts einer Dauer von durch-

schnittlich 25 Monaten pro Asylverfahren und einer Anerkennungsquote von nur einem Prozent fordert Fuchs eine deutliche Beschleunigung der Verfahren.

„Ein Gebot der Menschlichkeit“

UWA-Fraktion in Auenwald macht sich für die Aufnahme von Bürgerkriegsopfern aus Syrien stark

Ablehnung, Protest, Widerstand: Wo immer Gemeinden Flüchtlinge unterbringen wollen, ist der Aufschrei groß.

Es muss auch anders gehen, sagt die UWA-Fraktion im Auenwalder Gemeinderat und macht sich für die Aufnahme von syrischen Bürgerkriegsopfern in der Gemeinde stark.

AUENWALD (wa). Selten, dass Gemeinden von sich aus die Hand heben, wenn es um die Unterbringung von Flüchtlingen geht. Sie wissen ja, was passiert: Die Bürger wehren sich, Nachbarn befürchten Kriminalität und Wertverlust ihrer Immobilien. In Fellbach gehen Anwohner gerichtlich gegen die Nutzung eines Gebäudes als Asylbewerberheim vor. In Waiblingen wehren sich Nachbarn gegen

die Unterkunft für Flüchtlinge sogar im Industriegebiet. Das sind nur zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Auch Landrat Fuchs hat in seinem Pressegespräch (siehe oben) den Fokus lediglich auf die finanziellen Lasten gelegt. Einen bemerkenswerten Vorstoß macht jetzt die Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWA) im Auenwalder Gemeinderat. Die UWA fordert, dass sich die Gemeinde angesichts der erschütternden Situation in Syrien offensiv an der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen beteiligen soll.

Angesichts des unvorstellbaren Elends solle die Gemeinde dem Landkreis signalisieren, dass eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, „eine unserer Größe entsprechende Zahl von etwa 2 bis 4 Familien eine menschenwürdige Unterkunft für eine angemessene Zeit zur Verfügung zu stellen“. Das sei „ein Gebot der

Menschlichkeit und eine Geste der Solidarität mit Menschen, die unverschuldet in diesen zerstörerischen und mörderischen Bürgerkrieg geraten sind“.

Das vom Bund zugesagte Kontingent von 5 000 Flüchtlingen könne in Anbetracht der 2 Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Schon jetzt sei absehbar, dass viel mehr Flüchtlingen eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden müsste. Die Bürgerkriegsopfer aus Syrien sollten in einem intakten sozialen Umfeld untergebracht werden und nicht in Massenunterkünften. Die UWA geht davon aus, dass die Kosten für die Unterbringung durch die öffentliche Hand übernommen werden. Der Gemeindeverwaltung hat sie zur Hausaufgabe gemacht, zu ermitteln, welcher Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung steht beziehungsweise geschaffen werden kann.

Die Politik müsse sich grundsätzliche Gedanken über das ganze Prozedere machen. Dazu zähle auch eine Durchforschung der Liste der sicheren Herkunftsländer. Er nannte ausdrücklich Serbien und Mazedonien und sprach von „Asyltourismus“ und will eine Visumpflicht.

Tatsächlich sei in den letzten Jahren kein einziger Asylantrag von Bewerbern aus diesen Ländern anerkannt worden, ergänzte Joachim Frey vom Geschäftsbereich Besondere Soziale Hilfen im Landratsamt. Für abgelehnte Bewerber fordert Landrat Johannes Fuchs „eine schnelle und konsequente Abschiebung“.

Hintergrund

Zahlen zum Asylthema

- In den ersten sieben Monaten des Jahres gab es bundesweit 51 659 neue Asylanträge. Im gesamten Jahr 2012 waren es 77 651. Zum Vergleich: 1995 wurden knapp 167 000 Asylanträge gestellt, 2008 waren es 28 000.
- Baden-Württemberg musste 2012 etwas mehr als 7 900 Asylbewerber aufnehmen. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres waren es bereits 6 668. Auch hier ein Vergleich: Im ganzen Jahr 2008 wurden dem Land 2 448 Flüchtlinge zugewiesen.
- Der Rems-Murr-Kreis muss 4 Prozent der dem Land zugeteilten Asylbewerber aufnehmen; seit Januar monatlich 39 Personen, seit September monatlich 60 Personen, ab Oktober monatlich 79 Personen.
- Die kreiseigenen Unterkünfte waren Ende Juli mit 692 Personen belegt.
- Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden sind Länder der russischen Föderation, Syrien, Serbien, Afghanistan, Pakistan, Mazedonien, Kosovo, Iran, Irak.
- Gemeinschaftsunterkünfte des Kreises gibt es in 7 Kommunen: Backnang (mit einer Kapazität von 144 Personen), Winnenden (144), Schorndorf (198), Leutenbach (59), Fellbach (51), Kernen (51), Weinstadt (30). In Waiblingen sind es Wohnungen für 65 Personen.

(Alle Zahlen und Daten stammen vom Landratsamt Rems-Murr)